



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Leibrock, Otto: Der Todesgang unserer Volkswirtschaft

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

energische Wahrung des Bestehenden, d. h. des unselig Trennenden. Daher ist es den Sozialisten vorbehalten geblieben, den „einen und ungeteilten deutschen Volksstaat“ zu verlangen. Es wird sich zeigen, ob der Geist der Zeit, der begonnen hat, endlich Umbildungen territorialer Art in Deutschland ins Auge zu fassen, nicht auch gemäßigtere Parteien veranlassen wird, sich näher und demokratischer mit der großen Zukunftsfrage der Wegschaffung der inneren, im Grunde so törichtesten politischen Gegensätze und unheilvollen staatlichen Widerstände zu beschäftigen und rücksichtslose Neuerungen durchzuführen, an die sich weit mehr Bewohner des Reichs in sehr kurzer Zeit und vielfach gewiß nicht ohne plötzlich zum Bewußtsein kommende Befriedigung gewöhnen würden, als man zumeist, ohne tieferes Durchdenken dieser Fragen, ohne Agitation und ohne besondere Vorliebe für solche Änderungen annimmt und anzunehmen gewillt ist. Wir müssen uns immer vor Augen halten:

Das Ziel unsrer Feinde ist unsre Schwächung durch Trennung. Daher muß das unsrige unsere Stärkung durch Aufhebung des Trennenden sein. Dieses selbst weiter zu pflegen, ist im höchsten Maße unpolitisch — weltpolitisch betrachtet. Die Gelegenheit ist günstig, die Stunde ist jetzt gekommen. Sie kommt so leicht nicht wieder. Es wird sich zeigen, ob das deutsche Volk sie zu begreifen imstande ist. Ist dies nicht der Fall, so wird es an den Folgen seiner Zersplitterung um so schwerer tragen, je kleinlicher es in dieser Stunde gewesen ist!



Der Todesgang unserer Volkswirtschaft

Von Dipl. cam. Otto Leibrock



or dem Kriege war das Arbeitstempo in Deutschland intensiver als in irgendeinem anderen europäischen Lande. Mit zäher Energie und Disziplin baute sich das deutsche Volk ein Nationalvermögen auf, das sich jährlich um 10 bis 12 Milliarden Mark vermehrte. Heute ist unsere Produktionskraft in unheimlichem Grade verringert, unser Land bietet das traurige Bild der „Verwirrung“. Streiks vermindern die Arbeitsgelegenheit im selben Augenblick, wo alles darauf ankommt, Arbeit zu schaffen, Bahnen und Fabriken zur höchsten Leistung zu bringen, um die Umleitung in den Frieden zu erzielen. Es fehlt uns eine Autorität, die mit starker Hand Ordnung schafft, die das Volk zum Gehorsam und zur Arbeit zwingt. Eigennütige, unwissende Dilettanten stürzen sich auf den letzten Rest des Volksvermögens und verblenden unser unglückliches Volk durch verführerische Hoffnungen. Möglichst geringe Arbeitszeit, hohe Löhne, Expropriation der Besitzenden — das klingt verlockend in den Ohren der Arbeitnehmerschaft. In Wirklichkeit vergrößern diese Forderungen unser Elend. Mit Recht hat das neutrale Ausland geurteilt: „Im heutigen Deutschland sind Marxismus und Kommunismus Selbstmord.“ Sie zerstören den Kredit und vernichten vollends das Vertrauen, das die übrige Welt noch zu uns hat.

Unsere Industrie, ja unsere gesamte Volkswirtschaft keucht schwer unter der drückenden Schuldenlast, die bei Verwirklichung vorewähnter Forderungen nur vermehrt wird. Was aber kann uns retten? Nur Arbeitsamkeit und Sparsamkeit; nur diese beiden auf einer gesunden Moral aufstehenden Faktoren können das grimmige, hagere Gespenst der Hungersnot bannen, und unser Land vor einem schwindfüchtigen Absterben bewahren.

Indessen hat die Arbeitsfreude, das Pflichtbewußtsein, das Verantwortungsgesühl gegenüber der Gesamtheit bei den breiten Massen einen furcht-

baren Stoß erhalten. Hunderttausende meiden die Arbeit, gehen ihr geflüstert aus dem Wege. Im Bergbau, im Verkehrsgewerbe, in der Metallindustrie, in der Land- und Forstwirtschaft fehlt es an Arbeitern, während in den Großstädten die Arbeitslosigkeit einen bedrohlichen Umfang annimmt. Trotzdem in den Landkreisen Normallöhne festgesetzt worden sind, trotzdem die Landwirtschaft fast überall unbegrenzt arbeiteraufnahmefähig ist, stauen sich die Massen in den Großstädten, um nur nicht den Genuß der Erwerbslosenfürsorge zu verlieren. Dies ist auch nicht verwunderlich bei den hohen Unterstützungssätzen; werden doch beispielsweise in Berlin täglich gezahlt für männliche Arbeitslose von 14 bis 16 Jahren 3 Mark, 16 bis 18 Jahren 4 Mark, 18 bis 20 Jahren 5,50 Mark, über 20 Jahre unverheiratet 7 Mark, verheiratet 8 Mark. Für weibliche Arbeitslose stellen sich die Sätze wie folgt: Im Alter von 14 bis 16 Jahren 2,50 Mark, 16 bis 18 Jahren 3 Mark, 18 bis 20 Jahren 4 Mark, über 20 Jahre 5 Mark. Die Familienzuschläge betragen für die Ehefrau 1,50 Mark, für jedes Kind 1,25 Mark. Die Zahl der Arbeitslosen in Groß-Berlin belief sich am 14. Januar 1919 auf 168 720. Bei einem durchschnittlichen Satz von 5 Mark hat also Groß-Berlin allein an Erwerbslosenunterstützung an diesem Tage rund 843 000 Mark aufbringen müssen. Für die Großstadtleberei spricht noch ein weiteres Moment. Die entlassenen Soldaten halten sich vielfach nach ihrer Entlassung noch in den Garnisonstädten auf, zum großen Teil auf Kosten der Militärkasse.

Dier sind die Keimzellen des Bolschewismus, der uns in den Abgrund führt. Nicht arbeiten, produzieren, lautet die Parole, sondern Verkürzung der Arbeitszeit bei gleichzeitiger Erhöhung der Löhne, und zwar in einem Grade, der die Vernichtung unserer Industrie bedeutet. Daneben geht eine Streikbewegung durch das ganze Land in einem Moment, wo die wirtschaftliche Betätigung notwendiger ist, als je zuvor. Arbeitseinstellungen, wahnsinnige Lohnforderungen, Demonstrationen sind an der Tagesordnung. Ist das Sozialismus? Sozialismus heißt Arbeit, so verkünden es seine Anhänger, in Wirklichkeit verlieren sie sich aber vielfach in einer strupellosen Wirtschafts-anarchie. In Anbetracht des heutigen psychologischen Zustandes eines großen Teils unserer Arbeiterschaft ist wenig Hoffnung auf eine baldige Gesundung der Geister vorhanden. „Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will“; dieser Keim wird allerwärts in Oberschlesien, im Ruhrrevier, in Berlin ohne jeglichen Grund nach bolschewistischer Methode in die Tat umgesetzt. Auf den Zechen des Ruhrgebietes wurden Löhne von 20 Mark pro Tag und ins Uferlose steigende Gratifikationen verlangt und die Bewilligung dieser Forderungen durch Drohungen mit der Zerstörung der Zechenanlagen zu erzwingen versucht. Eine Lohnerhöhung von 5 Mark pro Schicht wird aber bei der Harpener Bergbau-Aktien-Gesellschaft, bei der im Geschäftsjahr 1917 965 165 Schichten verfahren wurden, einen Betrag von 48 Millionen Mark erfordern. Der Reingewinn betrug indes bei dieser Gesellschaft nur 13,8 Millionen Mark. In Oberschlesien erhielten die Arbeiter Anfang November 1918 18,40 Mark Lohn, der inzwischen weiter gestiegen ist: aus Anlaß des Kriegsendes ist auf Drängen der Arbeiter hin jedem einzelnen, der aus dem Felde zurückkam, oder seit dem 1. September 1918 auf der betreffenden Grube beschäftigt war, ein einmaliges Weihnachtsgeschenk bewilligt worden, und zwar 150 Mark für verheiratete männliche Arbeiter, 100 Mark für unverheiratete männliche Arbeiter über 18 Jahre und 30 Mark für die jugendlichen Arbeiter von 14 bis 16 Jahren und für die weiblichen Arbeiter. Die dadurch entstehenden Ausgaben beliefen sich auf etwa 25 Millionen Mark. Über die in diesem Bezirk im Monat Dezember 1918 gestellte Forderung auf eine einmalige Zulage von 800 Mark pro Kopf sollte noch verhandelt werden. Ob sich trotz etwaigen Nachgebens die Gemüter beruhigen werden? Die neue Forderung von 30 Mark pro Schichtlohn und die Androhung des Generalstreiks läßt jede Hoffnung hierauf schwinden. Der mitteldeutsche Braunkohlenbergbau hatte bis zum Oktober 1918 eine jährliche Lohnsumme von rund 100 Millionen Mark aufzubringen. Die Werke sollen aber neue Forderungen bewilligen, die diese Summe

um 95 Millionen Mark übersteigen. Die Ausständischen der Berliner Daimler Motorenwerke verlangten Tagelohn von 25 Mark für gelernte und von 20 Mark für ungelernete Arbeiter. Bei achtfündiger Arbeitszeit macht das einen Stundenlohn von 3,15 Mark bzw. 2,50 Mark aus und ein Jahresgehalt von 7500 bzw. 6000 Mark. Bei der infolge der Kohlennot auf 5 Stunden herabgesetzten Arbeitszeit kostet dem Unternehmer die Arbeitsstunde 5 bzw. 4 Mark. Hinzu kommen dann noch die Feuerungszulagen, Prämien, Vergütung von Überstunden wie sie bereits gewährt wurden. Bei den Firmen Siemens u. Halske und Siemens-Schuckert beliefen sich die Mehrforderungen der Arbeiter auf 70 Millionen Mark, der Angestellten auf 54 Millionen Mark im Jahre, während sich der gesamte, den Aktionären zugeflossene Betrag im Jahre 1918 nur auf 13½ Millionen Mark bezifferte.

Verfolgen wir die ungestüme, bedrohliche Lohnbewegung weiter. Auf den privaten Schiffswerften sind die Löhne unterm 14. Dezember v. J. vom Demobilisationsamt auf Grund von Verhandlungen mit Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer wie folgt geregelt worden: Für Klasse I (Bremen, Bremerhafen, Hamburg, Kiel und Lübeck) werden pro Stunde gezahlt an gelernte Arbeiter 2,40 Mark, an ungelernete 2,10 Mark, an Jugendliche unter 15 Jahren 50 Pfennig, an Jugendliche unter 16 Jahren 1 Mark, an Jugendliche unter 17 Jahren 1,30 Mark, Jugendliche vom 18. bis vollendeten 20. Jahre 1,60 Mark; an Lehrlinge im ersten Lehrjahre 0,50 Mark, im zweiten 0,75 Mark, im dritten 1 Mark, im vierten Lehrjahre 1,30 Mark. Ausgelernte Arbeiter unter 20 Jahren erhalten 2 Mark. Für Klasse II (Danzig, Einwarden, Elbing, Emden, Flensburg, Klostok, Loening, Vegeack) beziffern sich die Stundenlöhne für die einzelnen Kategorien auf 2,10, 1,90, 0,45, 0,90, 1,20, 1,50, 0,45, 0,65, 0,90, 1,20, 1,80 Mark. Bemerkenswert hierbei ist die Abschaffung der Akkordarbeit. Die Aktiengesellschaft Weser, welche gegen diese hohen Forderungen Protest einlegte, erhielt vom Demobilisationsamt die Antwort, daß ein etwa hierdurch verursachtes Defizit seitens des Reiches ausgeglichen werde. Die Hamburger Hafnarbeiter forderten für alle Männer und Frauen pro Tag 20 Mark. Für schwere und gesundheitschädliche Arbeiten 24 Mark, sowie für Über-, Nacht- und Sonntagsstunden 3 Mark. An allen Ecken und Enden tauchen exorbitante Lohnforderungen auf. Ein Keil treibt den andern. Die bei der Wirtschafts-Genossenschaft der Berliner Grundbesitzer beschäftigten Müllkutscher und das sonstige Ausführpersonal forderten 25 Mark für Kutscher und 22 Mark für Schaffner bei täglich zwei Fuhren und falls noch drei Fuhren verlangt werden sollten, 35 Mark für Kutscher und 32 Mark für Schaffner. Bisher betrug der Tagelohn der Kutscher 15 Mark, der der Schaffner 14 Mark. Er wurde jetzt heraufgesetzt auf 21 bzw. 19 Mark. Die Schaffner und Fahrer der Groß-Berliner Straßenbahn, welche ein monatliches Einkommen von 413 bis 518 Mark für angestellte Schaffner und 426 bis 526 Mark für angestellte Fahrer nebst einer einmaligen Abfindungssumme verlangten, erhielten eine einmalige Zulage in Abstufung bis zur Maximalhöhe von 500 Mark für jede Person. Das Anfangsgehalt für angestelltes Fahrpersonal beträgt jetzt 400 Mark, steigend jährlich um 10 Mark für den Monat bis zum Höchstbetrage von 500 Mark. Schaffnerinnen und sonstiges weibliches Personal, sowie Streckenwärter, Wagenwäscher, Rangierer, Wächter und Bodenarbeiter erhalten einen Tagelohn von 11 Mark mit zwei bezahlten freien Tagen im Monat. Eine besondere Glanzleistung erlauben sich die bei Behörden und Verkehrsanstalten aushilfsweise beschäftigt gewesen Frauen, die jetzt nach der Rückkehr der Feldgrauen wieder ausscheiden müssen; sie fordern eine dauernde Pensionszahlung für ihre ein- bis vierjährige Dienstzeit.

Wie steht es in den Staatsbetrieben? Der ehemalige Finanzminister Simon hatte vor seinem Austritt aus der preussischen Regierung ein unendlich düsteres Bild von der Finanzlage Preußens entworfen. Die Eisenbahn, welche das Rückgrat des preussischen Staatshaushaltes bildet, erbrachte 1913 einen Überschuß von 325 Millionen Mark. Dieser Überschuß ging durch den Krieg auf 18 Millionen Mark im Jahre 1917 zurück. Für 1918 ist bereits ein Zuschuß von

1325 Millionen Mark erforderlich und für 1919 wird das Defizit fast 3 Milliarden Mark betragen. Der durchschnittliche Lohn ist von 1280 Mark im Jahre 1913 auf 4220 Mark gestiegen; das ist ein Mehr von 230 Prozent. Die Verbesserung des Lohneinkommens der Eisenbahnarbeiter ab 1. Dezember v. J. erforderte 236 Millionen Mark. Der Monatsverdienst eines Eisenbahnhandwerkers beträgt heute etwa 500 Mark. Was für die Eisenbahnen gilt, gilt auch für die anderen Staatsbetriebe. Es werden hier Löhne gezahlt, die vielfach außerhalb des Rahmens des üblichen und wirtschaftlich Notwendigen stehen; das bedeutet eine verwerfliche Schädigung unserer Industrie.

Welches sind nun die Folgen der Arbeitseinstellungen? Unsere Kohlenversorgung droht ins Stocken zu geraten. Dies veranschaulichen nachstehende Zahlen über die Eisenbahnwagengestellung in den Bergwerken in der ersten Dezemberhälfte. Wenn diese Zahlen sich inzwischen auch weiter nach dem Nullpunkt hin entwickelt haben, so werden sie dennoch für die Beurteilung der augenblicklichen Lage einen guten Maßstab abgeben. Die Jahre 1917 und 18 sind einander gegenübergestellt. An den zwölf Arbeitstagen der ersten Dezemberhälfte sind gestellt worden:

	1917		1918	
Auf Steinkohlenbergwerken .	432 127	(Ausf. 256 260)	298 622	(Ausf. 6654)
Davon in Oberschlesien . . .	113 620	(" 65 003)	63 778	(" —)
Auf Braunkohlenbergwerken .	130 798	(" 109 699)	92 873	(" 2644)

Die in Klammern angegebenen Zahlen über den Ausfall bezeichnen das Zurückbleiben der Wagengestellung hinter den Anforderungen der Zechen. Aus den im Jahre 1918 äußerst geringen Wagenanforderungen der Gruben ist ersichtlich, daß die Förderleistung und die Leistungsfähigkeit in der ersten Dezemberhälfte gegen das Vorjahr ganz erheblich zurückgeblieben ist; ein Vergleich mit der Friedenszeit würde das Bild von 1918 noch trüber erscheinen lassen. Infolge dieses Kohlenmangels wird die Eisenbahn als größter Kohlenverbraucher den Betrieb weiter einschränken müssen, vielleicht gar zu völligem Stillstand kommen, was wohl demnächst eintreten wird, wenn diese Verhältnisse anhalten. Damit verbunden wird der Warenverkehr und die Nahrungsmittelzufuhr in die Städte ins Stocken geraten. Tausende von Industriebetrieben müssen eingeschränkt oder stillgelegt werden. Die ohnehin schon große Zahl der Arbeitslosen schwillt dann zu Millionen an. Neue Unruhen, Hungersnot, Elend und Zertrümmerung vieler Existenzen werden die Folge sein. Welches Elend die Streiks und die nachlassenden Arbeitsleistungen allein bis zum 20. Dezember 1918 angerichtet haben, ist aus Zeitungsnotizen bekannt. So mußte in ganz Bayern eine mehrtägige Betriebseinstellung vom 24. Dezember 1918 bis 1. Januar 1919 festgesetzt werden. In Düsseldorf betrug der Monatsbedarf an Kohlen 40 000 Tonnen, im November 1918 gingen ein 21 000 Tonnen und im Dezember nur mehr 15 000 Tonnen. In Württemberg hatte sich seit einigen Wochen die Kohlenzufuhr um rund 100 000 Tonnen monatlich vermindert. Von 62 Gaswerken mit seitheriger Kohlenzufuhr im Monat von 22 000 Tonnen Saarkohlen sind 17 Werke in Gemeinden von zusammen 140 000 Einwohnern oder rund 30 000 Haushaltungen bereits stillgelegt oder vor dem Stillstand. Gaswerke der übrigen Gemeinden mit zusammen 750 000 Einwohnern oder rund 180 000 Haushaltungen kommen in Kürze ebenfalls zum Erliegen. Die Bedienung der Elektrizitäts- und Wasserwerke, sowie Nahrungsmittelbetriebe ist völlig unzureichend. Für das Gaswerk in Stuttgart fehlen trotz großer Einschränkungen täglich 1500 Tonnen. Die übrige Industrie ist ohne Kohlenbelieferung. Beim Ausbleiben weiterer Kohlenzufuhr sind 300 000 Menschen ohne Licht, Wärme und Kochmöglichkeit. Was Groß-Berlin anlangt, so betrug die Kohlenzufuhr aus dem Ruhrrevier in Friedenszeit täglich 25 000 Eisenbahnwagen; dagegen im Dezember nur noch 15 000 Wagen. Heute ist es noch schlimmer. Berlin steht, wenn aus dem oberschlesischen Gebiet die Zufuhr

völlig ins Stocken gerät, vor einer folgenschweren Kalamität. Der Produktion droht völlige Lahmlegung und damit wird auch die Konsumtion aufs schlimmste erschüttert.

Neben der Kohlennot droht uns eine verhängnisvolle Eisennot. Unsere Hoheisenerzeugung ist während des Krieges von 19,3 Millionen Tonnen im Jahre 1913 auf 11 Millionen Tonnen gesunken; das sind nur 57 Prozent der alten Erzeugung. Durch die Besetzung des linken Rheinufers, welche uns mit einem Schlag um 144 Hochöfen brachte, so daß gegenwärtig nur noch 325 arbeiten können, dann aber auch durch den außergewöhnlich großen Arbeiterbedarf, der ungeachtet der augenblicklichen wilden Streiks allein infolge der Einführung des Achtstundentages mit seiner dreifachen Schicht um die Hälfte gestiegen ist, verschiebt sich das Ergebnis noch weiter zur Katastrophe. Was das für unsere Maschinenindustrie bedeutet, braucht man nicht weiter auszuführen. Die deutsche Regierung wünscht eine Steigerung des Eisenerports nach Holland und den nordischen Staaten. Unter den obwaltenden Zuständen ist dies aber leider nicht möglich, selbst die erteilten inländischen Aufträge müssen zum großen Teil liegen bleiben. Trostlos stehen auch die Verhältnisse in der Zement-, vor allem aber in der Ziegelindustrie, wo durch den verschärften Kohlenmangel weitere Werke inzwischen zum Stillstand gekommen sind. Die Kaliindustrie liegt nahezu vollständig fest und die flauere Tätigkeit in der Papierindustrie bringt uns weitere Papierknappheit. So kann man alle Industrie- und Gewerbebranche durchwandern, überall zeigen sich die verheerenden Wirkungen der mißverständlichen Auffassung der neuen Zeit.

Ich habe bereits erwähnt, daß die Arbeitslust gesunken und auch nachgewiesen, daß die Arbeitsleistung zurückgegangen ist. Die Arbeiter und Arbeiterinnen in den Betrieben Groß-Berlins kommen, politisieren, halten Betriebsversammlungen ab, bekämpfen sich und ziehen getrennt auf die Straße, um zu demonstrieren. Die Unternehmer aber müssen die Zeit des Demonstrierens und Diskutierens voll bezahlen. Was dies bedeutet, sieht man daran, daß mancher Großbetrieb, der früher erhebliche Gewinne erzielte, bereits seine für die Übergangswirtschaft angesammelten Reserven recht scharf in Anspruch genommen oder gar schon aufgezehrt hat und mit größeren Kreditansprüchen an die Banken herantreten mußte. Die Folge ist der Zerfall unserer Volkswirtschaft und damit Arbeitslosigkeit.

Gleichwie nun die Löhne als eine Schraube ohne Ende in die Höhe klettern, ebenso steigen auch die Gestehungskosten, dem sich ein Emporschnellen der Preise konsequent anschließt. So mußten die Ruhrkohlenpreise vom 1. vor. M. ab um das Doppelte der Summe der Erhöhungen in den letzten Jahren heraufgesetzt werden. Die Steigerung beträgt einschließlich Kohlen- und Umsatzsteuer für Kohlen und Briketts 14,45 Mark und Koks 21,70 Mark je Tonne oder 0,72 bzw. 1,03 Mark je Zentner, mit Ausnahme einiger geringwertiger Sorten (Schlammkohle usw.), die mit 5 Mark für die Tonne neu belastet wurden. An anderer Stelle ist bereits erwähnt, daß im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau die neuen Lohnforderungen die bisherige Lohnsumme von 100 Millionen Mark um 95 Millionen Mark übersteigen. Auf die Tonne Kohle umgerechnet bedeutet das eine Verteuerung um etwa 4 Mark und der Briketts um etwa 12 Mark oder 20 bzw. 60 Pfennig je Zentner. In diesen Zahlen ist die Steuer jedoch noch nicht berücksichtigt. Rechnet man dazu die Transportkosten und den Handelsgewinn, dann kann man sich ungefähr ein Bild von der Belastung unseres Wirtschaftslebens allein durch die Kohlenpreise machen. Vom allgemein wirtschaftlichen Standpunkt ist diese Preiserhöhung zwar recht bedauerlich, aber im Interesse der Lebensfähigkeit des Kohlenbergbaues dringend erforderlich. In der Hoheisenindustrie liegen die Verhältnisse ähnlich. Hier mußten die Preise ebenfalls infolge der hohen Löhne, der achtstündigen Arbeitszeit, daneben aber auch durch die Verteuerung der Rohmaterialien, Erze, Koks, Kalkstein und den Ausfall der im Preise günstigeren Schmelzmaterialien, an deren Stelle teurere Erze traten, erhöht werden. Sie stellen sich heute wie folgt:

	ab 1. 1. 19	bisher
Gämatit	314,50 Mark	223,— Mark
Gießereiroh Eisen Nr. I	249,50	161,—
Gießereiroh Eisen Nr. III	249,—	156,50
Luxemburger Roheisen Nr. III	208,—	123,—
Stegerländer Stahleisen	285,50	214,—
Spiegeleisen	258,—	166,50

Führt man nun das Exempel fort bis zu den fertiggestellten Schienen, Schwellen, Wagen und Lokomotiven, so gewinnt man eine Vorstellung von der ruinösen Wirkung des Lohnsteigerungskomplexes.

Besonderes Interesse dürfte die Lage im Baugewerbe finden. Die Baustoffindustrien können nicht die ungeheuren Mehrkosten der Lohn- und Kohlenpreiserhöhungen aus eigener Tasche bezahlen und andererseits die Baustoffe unter ihrem Herstellungspreis veräußern, um die von Behörden, Kommunen, Körperschaften angestrebte gemeinnützige Wohnungsbautätigkeit zu ermöglichen, sie müssen, wenn sie arbeiten wollen, zu erheblichen Preiserhöhungen schreiten. Dadurch ist auch der Baustoffhandel zur Preissteigerung gezwungen und weiter der Bauunternehmer; die Folge ist Bauunlust, Arbeitslosigkeit Tausender von Bauarbeitern, Steigen der Mieten, weitere Obdachlosigkeit und Wohnungseldes Hunderttausender von heimkehrenden Soldaten. Wenn früher die Baukosten eines mittleren Einfamilienhauses sich beispielsweise auf 50 000 Mark beliefen, so betragen sie heute das Dreifache, also 150 000 Mark. In gleichem Ausmaße stiegen auch die Mieten gegen die Friedenszeit, wobei Hausverwaltungs-, Betriebskosten, Ausgaben für Steuer, Beleuchtung und Müllabfuhr berücksichtigt sind.

Die oben erwähnten, unter dem Drucke des Demobilisierungsamtes bewilligten Löhne auf den privaten Schiffswerften stehen in kräftigem Widerspruch zu den Verhältnissen bei der ausländischen Konkurrenz. Nach dem Urteil des Vorsitzenden der Kieler Handelskammer werden sich bei Eintritt normaler Nachfrage besonders die sehr leistungsfähigen amerikanischen Werften empfindlich bemerkbar machen. Im Schiffbau werden in England 8—11½ Mark für den Tag und in Japan, wo auch eine Anzahl leistungsfähiger Werften entstanden ist, 3—3½ Mark an gelernte Arbeiter bezahlt, so daß englische Reeder der billigen Löhne wegen ihre Aufträge an japanische Werften geben. In den Vereinigten Staaten erhalten gelernte Arbeiter 18,50 Mark pro Tag; dies ist nur insofern möglich, als die Schiffe in der Hälfte der normalen Zeit fertiggestellt sind und die Arbeitskraft in einer Weise ausgenutzt wird, wie dies sonst nirgends der Fall ist. Die amerikanischen Werften sollen Aufträge von über 11 Millionen Tonnen vorliegen haben. Die Lohnforderungen der Hamburger Hafenarbeiter werden dazu führen, daß die Schiffe in anderen Häfen gelöscht werden.

Wie liegen die Verhältnisse bei der Eisenbahn und der Groß-Berliner Straßenbahn? Zum Schaden der Allgemeinheit müssen die Tarife recht beträchtlich erhöht werden und es wird nicht lange dauern, dann wird auch die Reichspostbehörde in dieselbe Kerbe schlagen.

Während bei uns alles im Preise erheblich steigt, insbesondere auch der Preis der täglichen Bedarfsgüter, wie Nahrungsmittel, Kleider, Möbel, Bücher usw. und dadurch der Absatz im Ausland immer geringer werden muß, gehen England und Amerika bereits zu einem Abbau ihrer Preise über. So berichtet „Politiken“ über die Preisermäßigungen für englische Kohle und Koks in Dänemark. Am 6. November 1918 wurden die Frachten für eine Tonne Kohlen von 77 auf 50 Kronen, für eine Tonne Koks von 107 auf 75 Kronen herabgesetzt. Am 28. November trat eine weitere Ermäßigung auf 40 Kronen für eine Tonne Kohlen und auf 60 Kronen für eine Tonne Koks in Kraft. Demnach wird der Preis für ein Hektoliter englischen Gaskoks auf unter 8 Kronen sinken, während deutscher Gaskoks ständig 9,60 Kronen kostet. Auch die Kohlenbelieferung des Dänischer Fischdampferbetriebes hat uns der Engländer weggeschnappt. Von der Ausfuhr aber hing bisher die Rentabilität der Bergwerke in erheblichem Maße ab.

So liegen die Verhältnisse auf allen Gebieten unseres Ausfuhrhandels. Bleiben die augenblicklich ungesunden Zustände noch weiter bestehen, dann wird unser Wettbewerb mit der ausländischen Konkurrenz ausgeschaltet, dann werden die Grundlagen unserer Industrie untergraben, dann hört die Zukunft unserer Arbeiterschaft auf. Schmachliche Knechtschaft und Lohnsklaverei für Rechnung des Auslandes werden die Folgen sein. Wir müssen deshalb unsere Produktionsbedingungen an die Erfordernisse des Weltmarktes anpassen; nur dann können wir, die wir doch zu sehr erheblichem Teil vom Export leben, die Konkurrenzfähigkeit wieder erlangen. Produzieren wir aber wie jetzt infolge der exorbitanten Löhne und Materialpreise zu teuer, dann wird uns der Markt bei der Auslandslieferung, dem wir 1913 für reichlich 10 000 Millionen Mark Waren lieferten, verloren gehen und das Ausland überschwemmt mit seinen billigeren Waren Deutschland. Wir benötigen die Ausfuhr aber auch für unsere Valuta und Kaufkraft im Ausland. Bedarf herrscht an einer ungeheuren Menge ausländischer Artikel, und zwar neben Lebensmitteln an Wolle, Baumwolle, Eisenerzen, Häuten und Fellen, Fute, Kautschuk, Balata, Guttapercha, Kupfer, Seide. Bei der Bewertung unserer Markt im Auslande auf 40 Pfennig müssen wir aber unter allen Umständen mit Massenausfuhr zu bezahlen trachten.

Lohnerhöhung, Gelbentwertung und Papierfülle befinden sich in einem Wettlauf, bei dem die Geldentwertung immer die Spitze behält, weil die Kreditmittel steigen, das Geld immer schneller umläuft und somit immer größere Geldsummen auf jede Wareneinheit entfallen. Die Preise müssen nach dem volkswirtschaftlichen Grundgesetz steigen, bis entweder ein größeres Warenangebot oder eine zwangsweise Stabilisierung des Finanzwesens eintritt. Die verheerende Folge der Marktentwertung veranschaulicht nachstehendes kleines Rechenexempel: 1913 führten wir an Rohstoffen aus den Staaten der Alliierten für 3500 Millionen Mark ein; bei dem augenblicklichen Kursstand der Mark, der noch weiter zu sinken droht, müßten wir aber 5600 Millionen Mark zahlen. Dies ist das Kennzeichen des „papierernen Wohlstandes“, der Assignatenwirtschaft. Das rechnerische Einkommen des einzelnen Arbeiters ist ungemein hoch, infolge des bei den hohen Lohnforderungen gesteigerten Bedarfs an Zahlungsmitteln ist aber der Wert des Geldes, also seine Kaufkraft, gesunken und somit der Warenpreis gestiegen.

Nach dem Jahresausweis der Reichsbank für 1918 erreichte der gesamte Notenumlauf die gewaltige Summe von 22188 Millionen Mark gegenüber 11468 Millionen Mark am 31. Dezember 1917. Allein in der letzten Dezemberwoche belief sich die Neuaußgabe an Banknoten auf 1064 Millionen Mark gegen 442 Millionen Mark in der letzten Dezemberwoche 1917, wobei ich allerdings bemerken möchte, daß ein bedeutender Betrag zur Erfüllung der im Waffenstillstandsabkommen übernommenen Verpflichtungen zur Verfügung gestellt werden mußte. An Darlehnskassenscheinen wurden 41 Millionen Mark gegen 166 Millionen Mark vor einem Jahre neu in den Verkehr gegeben, so daß die Gesamtsumme der im freien Verkehr befindlichen Darlehnskassenscheine Ende Dezember 1918 auf 10109 Millionen Mark answoll. Wohin diese Finanzverwirrung führt, sehen wir in Rußland, wo die Arbeiter monatlich 300–400 Rubel, rechnerisch das Zehnfache der Löhne von 1914 verdienen, dagegen an Preisen meist das Fünffache vor dem Krieg bezahlen müssen.

Was kann nun im Interesse unserer Wirtschafts- und Sozialpolitik geschehen, um diese schädliche Finanzgebarung in gesunde Bahnen zu lenken? Zunächst müssen die Kosten der Lebenshaltung herabgedrückt werden; dies ist allein möglich durch energisches Abwärtsführen der Lohnkurve, Verminderung der im Umlauf befindlichen Zahlungsmittel, insbesondere schnelle Beseitigung der Darlehnskassenscheine. Die Arbeitnehmerschaft aber muß ihrerseits darauf bedacht sein, die Unternehmungen zu stützen und leistungsfähig zu erhalten. Tut sie das nicht, dann untergräbt sie, wie bewiesen, ihre eigene Existenz. Unser Wirtschaftsleben bricht zusammen und Abertausende von deutschen Familien müssen im Auslande zu schmachlichen Bedingungen Arbeit suchen. Deshalb mit Arbeitsamkeit und Sparsamkeit einer glücklichen Zukunft entgegen!